

**Zeitschrift:** Burgdorfer Jahrbuch  
**Herausgeber:** Verein Burgdorfer Jahrbuch  
**Band:** 52 (1985)

**Artikel:** Burgdorf und Thun : bernische Kleinstädte im 19. Jahrhundert  
**Autor:** Mesmer, Beatrix  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1076121>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Burgdorf und Thun: bernische Kleinstädte im 19. Jahrhundert

Beatrix Mesmer

Das 19. Jahrhundert gilt zu Recht als das Jahrhundert der Modernisierung. Nie zuvor haben sich innert so kurzer Zeiträume die Lebensbedingungen der Menschen so rasch und so gründlich geändert. Das bekamen auch die Bewohner der bernischen Landstädte zu spüren. Die geruhsame Selbstbezogenheit war mit dem Zusammenbruch des patrizischen Regimentes, dem auch die Burgherrschaften der Munizipalstädte nachzueifern gewohnt waren, endgültig zu Ende. Das haben übrigens schon die Zeitgenossen wahrgenommen. So stellte der kluge Kanzler der Berner Akademie, Abraham Friedrich von Mutach fest: «Die im Jahr 1798 durch die Gewalt der fränkischen Waffen bewirkte Revolution der schweizerischen Eidgenossenschaft gehört unstreitig unter die Zahl jener grossen National-Begebenheiten, welche in ihren Folgen notwendig alles umfassen und nicht nur auf die Constitution und Gesetze eines Volkes, sondern selbst auf seine Denkart, Sitten und Gewohnheiten bis in das Innere der Familienverhältnisse tief einwirkend sind.»<sup>1</sup>

Wie tief freilich der Einschnitt war, der das Ancien Régime von der Zeit des «sogeheissen Fortschritts» trennte, das haben die Mitlebenden doch bei aller Betroffenheit nicht erkennen können. Denn die eruptive Veränderung der politischen und rechtlichen Ordnung zog lange die Aufmerksamkeit von den tieferliegenden Entwicklungen ab, die dem grossen Umschwung seine Dynamik gaben: von dem sich beschleunigenden Bevölkerungswachstum und der beginnenden Industrialisierung. Mehr als die politischen waren es diese wirtschaftlichen Wandlungen, die langfristig das Gesicht der Städte vollständig veränderten. Zu den Funktionen, die seit jeher städtischen Siedlungen zukamen, nämlich regionale Markt- und Dienstleistungszentren zu sein, kamen nun neue. Die Städte wurden zu Auffangbecken für die ländliche Überschussbevölkerung, die in der Landwirtschaft nicht mehr beschäftigt werden konnte und im gewerblichen und industriellen Bereich ein Auskommen suchte. Diese sogenannte Verstädte-

rung war ein gesamteuropäisches Phänomen. Sie ist in der Schweiz in gemässigten Formen abgelaufen, immerhin aber dramatisch genug: Während im gesamten bernischen Kantonsgebiet zwischen 1798 und 1900 sich die Bevölkerung verdoppelte, hat sie sich in Thun und Burgdorf mehr als vervierfacht.<sup>2</sup> Das Schwergewicht dieses Wachstums und damit auch der wirtschaftlichen Entwicklung lag im letzten Drittel des Jahrhunderts, doch wurden die Voraussetzungen dafür bereits viel früher geschaffen.

Die Rolle, die die Landstädte bei der Modernisierung des Kantons spielten, war denn auch beträchtlich. Es lassen sich dabei grob gesehen drei Phasen unterscheiden: eine erste, von der Helvetik bis 1830, in der sie zu Promotoren der modernen Staatsauffassung wurden; eine zweite, von 1831 bis 1846, in der sie die Führung im Kanton übernahmen; und eine letzte, bis zur Jahrhundertwende, in der sie zwar ihr politisches Gewicht verloren, dafür aber zu Trägern der Industrialisierung wurden.

### *Von der Helvetik zum liberalen Staat*

Wenn uns die bernischen Landstädte zu Ende des Ancien Régime als verschlafene Örtchen geschildert werden, so zeigte sich doch 1798, dass unter ihren Bürgern der Wille vorhanden war, die Reformideen der Aufklärung in die Tat umzusetzen. Als der Grosse Rat der regierenden Stadt Bern sich einen Monat vor dem militärischen Zusammenbruch gezwungen sah, Ausschossene der bisher von der Mitbestimmung ausgeschlossenen Landschaft aufzunehmen, da ordneten die Munizipalstädte ausgesprochen neuerungsfreundliche Vertreter ab.<sup>3</sup> Unter der gebildeten Elite der kleinstädtischen Burgerschaften bestanden konkrete Vorstellungen darüber, was man sich von der Anwendung der Prinzipien der französischen Revolution auf den bernischen Staat erhoffen konnte. Von der Rechtsgleichheit, der Teilnahme an politischen Entscheiden und der Handels- und Gewerbefreiheit versprach man sich einen Aufschwung für das eigene Gemeinwesen. Die Bereitschaft, sich am Aufbau der Helvetischen Republik zu beteiligen, war deshalb trotz dem Schock der französischen Besetzung gross. Die ehemals bernischen Munizipalstädte stellten denn auch einen guten Teil der helvetischen Prominenz, freilich nun vorwiegend als Vertreter der neu geschaffenen Kantone Waadt, Aargau und Oberland. Auch wenn das helvetische Experiment nur von kurzer Dauer war, so bedeutete es doch eine prägende Erfahrung. Die Landstädte gewannen eine eigene politische

Identität. Vor allem Thun wurde als Hauptstadt des kurzlebigen Kantons Oberland aufgewertet, was den Aufstieg seiner Bürger in die helvetischen Behörden erleichterte. Karl Koch, auch wenn er nicht die Bedeutung eines Laharpe, Stapfer oder Rengger erreichte, hat den helvetischen Grossen Rat präsidiert und ging 1802 als Mitglied der Konsulta nach Paris, wo er sich vergeblich für das Weiterbestehen des Kantons Oberland einsetzte. Burgdorf, das nur Distriktshauptort wurde, kam bei der Bestellung der helvetischen Räte zwar zu kurz. Es stellte mit Samuel Schnell jedoch ein Mitglied des Obersten Gerichts und bekam mit Pestalozzis Erziehungsinstitut die pädagogischen Impulse der Helvetik zu spüren.<sup>4</sup>

Die politische Rückstufung durch die Mediation und die Restauration wurde in den beiden wichtigsten Landstädten des Kantons Bern denn auch bitter empfunden. Überhaupt erwies sich die Reintegration des Kantonsgebietes als schwierig, nicht nur, weil die Angliederung des Juras anstelle der erhofften Rückkehr der Waadt und des Aargaus neue Probleme schuf, sondern vor allem deshalb, weil die Wiederherstellung der Herrschaftsformen des Ancien Régime das regionale Selbstgefühl verletzte. Auch wenn Bern es sich angelegen sein liess, zumindest die ländliche Oberschicht abzufinden, wuchs im Emmental und im Oberland die Widerständigkeit. Sie entlud sich 1814 im Oberländer Aufstand, in den auch während der Helvetik aufgestiegene Thuner Familien wie die Koch und Knechtenhofer verwickelt waren.<sup>5</sup> Bereits damals bestanden Verbindungen zu Samuel Schnell und seinen Vettern in Burgdorf. Um was es dieser Opposition ging, das wurde am deutlichsten in den umlaufenden Volksliedern: «Man schafft in Bern statt freyer Volkeswahlen Nepoten-Regiment. Das Volk ist höchstens etwa gut zum Zahlen, Sonst wird ihm nichts gegönnt.»<sup>6</sup>, sangen die Oberländer. Die Gründe für die Unzufriedenheit lagen ganz offensichtlich nicht nur in der politischen Entrechtung. Sowohl das Oberland als auch das Emmental befanden sich in einer Phase der wirtschaftlichen Umstrukturierung. Am Thunersee begannen mit dem Fremdenverkehr neue Einnahmequellen zu fliessen, im Emmental setzte mit der Umstellung auf Milchwirtschaft der Käseexport ein. Der politische Bedeutungsverlust fiel also in beiden Regionen in eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, der vor allem den kleinstädtischen Marktzentren zugute kam. Diese Diskrepanz wurde deutlich empfunden. Johann Ludwig Schnell, der es als Stadtschreiber von Burgdorf wissen musste, hat rückblickend festgestellt: «Infolge der Restauration des Staatswesens blieb den Munizipalstädten in politischer Hinsicht nichts als der lächerliche Schatten einer städtischen Magistratur

ohne Macht und Ansehen. Indessen schwang sich Burgdorf durch Gewerbebefleiss auf eine Stufe von Wohlstand, auf der es vorher nie gewesen, das Privatvermögen seiner Bewohner verdoppelte sich in kurzer Zeit.»<sup>7</sup>

Mochte dieser Wohlstand noch vergleichsweise bescheiden sein, auch die Kleinstädte mit ihrem recht gut ausgebauten Schulwesen kamen dadurch nun in die Lage, eine gewisse bürgerliche Urbanität zu entwickeln. Besitz und Bildung waren die Grundlagen einer neuen politischen Kultur liberaler Prägung. Gegen das wiederhergestellte Herrschaftsmonopol des hauptstädtischen Patriziates bildete die Oberschicht der Landstädte ein Netzwerk von Verbindungen aus, das teils über familiäre Beziehungen, teils über kulturelle und fachliche Vereinigungen lief. Die vielen Vereinsgründungen der Restaurationszeit, die Sänger, Schützen und Offiziere, Naturforscher, Historiker und Mediziner zusammenführten, gaben dem Bürgertum der Kleinstädte Möglichkeiten zu gegenseitigem Kontakt über die Staatsgrenzen hinaus.<sup>8</sup> Vor allem Burgdorf war eine äusserst aktive Vereinstadt, während in Thun zusätzlich die seit 1819 durchgeführten Kurse der eidgenössischen Zentralmilitärschule zu interkantonalen Beziehungen führten und der Tourismus eine gewisse Weltoffenheit mit sich brachte. Im Kanton Bern wie in der ganzen Schweiz wurde der Liberalismus als politische Doktrin und als wirtschaftlich-unternehmerische Handlungsmaxime zur Integrationsideologie der durch die Restauration zurückgesetzten landstädtischen und ländlichen Honoratioren – eine Integrationsideologie übrigens, die wegen ihrer nationalen und internationalen Geltung die an sich divergierenden Regionalinteressen miteinander verzahnte. Nur so erklärt es sich, dass der Ausbruch der Julirevolution in Paris die Regenerationsbewegung in der Schweiz auslöste. War man 1798 und 1814 noch vom Lauf der europäischen Ereignisse überrollt worden, so stellte man nun freiwillig die eigenen Uhren nach dem grossen Chronometer.

Die Regeneration war von ihrer Programmatik her eine liberale Bewegung und insofern weder originell noch spezifisch schweizerisch. Die Forderung nach Rechtsgleichheit, repräsentativer Demokratie und Gewaltenteilung knüpfte an die aufgeklärte Staatstheorie und die französische Revolution an. Was an der Regeneration von 1830/31 als schweizerische Besonderheit hervortritt, ist jedoch, dass mit dem Vehikel des Liberalismus der Konflikt zwischen privilegierter Hauptstadt und empordrängenden ländlichen Oberschichten ausgetragen wurde. In den bernischen Verhältnissen hiess das die Ablösung des Patriziates durch die landstädtischen Bildungsbürger. Bekanntlich hat Burgdorf – genauer der Kreis um die Brüder Johann Lud-

wig, Karl und Hans Schnell – dabei die Führung übernommen. Nun liess sich das Netz der familiären und beruflichen Beziehungen, das die Kleinstadthonorioren im Emmental und im Oberland, aber auch im Seeland und im Jura verband, zur politischen Partei verfestigen. Dass die alte hauptstädtische Führungsschicht 1831 kampflos zurücktrat, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sie sich einem gut koordinierten Angriff gegenüber sah. Diese Koordination zeigte sich vor allem darin, dass es den liberalen Vertrauensmännern weitgehend gelang, das Landvolk, auf das sie sich stützten, von seinen lokalen Sonderanliegen abzuziehen und auf einen gemeinsamen Katalog von staatsrechtlichen Forderungen, das berühmte «Burgdorfer Blättchen» zu verpflichten.<sup>9</sup>

### *Vorherrschaft und Versagen der kleinstädtischen Liberalen*

Was die neue Kantonsverfassung brachte, entsprach im wesentlichen den Wünschen der landstädtischen Notablen. Sie rückten nun, dank dem indirekten und an einen Vermögensausweis gebundenen Wahlrecht, in jene Stellungen ein, die vorher dem Patriziat vorbehalten gewesen waren. Der Elitenwechsel war schon deshalb augenfällig, weil viele Patrizier dem neuen Regime ostentativ die Mitarbeit verweigerten. Die Liberalen waren auf sich selbst gestellt und hatten einige Mühe, ihr neues Staatsschiff zu bemannen. Man muss sich dabei vor Augen halten, dass die politische Modernisierung in erster Linie in der Umformung des vorwiegend ehrenamtlich regierten ständisch-korporativen Staatswesens in einen Beamtenstaat bestand. Die Gewaltenteilung erforderte den Aufbau unabhängiger gerichtlicher Instanzen, das Departementsystem, das den Regierungsmitgliedern feste Verwaltungsbereiche zuwies, brachte einen erhöhten Schriftverkehr. Leute, die von ihrer Ausbildung her den neuen Aufgaben gewachsen waren, gab es keineswegs im Überfluss. Schon wegen ihres Bildungsvorsprungs war die Oberschicht der Landstädte deshalb überproportional in den neuen Behörden vertreten. Ämterkumulationen waren dabei nicht selten, und es ergab sich fast zwangsläufig, dass die neuen Machthaber wieder in die Rolle von Landesvätern hineinwuchsen, ja dass sich so etwas wie ein neues Familienregiment herstellte. Die Schnell aus Burgdorf, die Lohner und Knechtenhofer aus Thun, die Neuhaus und Blösch aus Biel mit ihrer Vetternschaft schienen den Kanton zu dominieren. Dass auch die neuen politischen Führer – wie die alten – unter sich verschwägert waren,

ergab sich aus der Enge der Verhältnisse. Diese Überrepräsentation hat aber auch Widerstand geweckt, und das nicht nur von Seiten der Altgesinnsten. Die Dominanz der kleinstädtischen Honoratiorenfamilien vertrug sich schlecht mit den laut verkündeten Prinzipien der Rechtsgleichheit und der Volksherrschaft.<sup>10</sup>

Die Liberalen von 1831 waren sich der schiefen Stellung bewusst, in die sie wider Willen geraten waren. Wenn sie der Volksaufklärung und Volksbildung ein so starkes Gewicht beimassen, so aus dem Bestreben heraus, dem Liberalismus, wie sie ihn verstanden, eine breitere Basis zu geben. Hier wirkten ihre munizipalstädtischen Erfahrungen nach, waren es doch Schulbildung und kulturelle Offenheit, die die Städter vom einfachen Volk unterschieden. Ihre Vorstellung vom handlungsfähigen Bürger entsprach dem Modell ihres eigenen Aufstiegs. Ihre Volksverbundenheit hatte denn auch einen pädagogischen Beigeschmack – was sich in den neugegründeten Zeitungen, vor allem im Burgdorfer «Volksfreund», leicht nachprüfen lässt. Gerade die liberale Bildungspolitik, die sich in der Schaffung der Lehrerseminare und der Hochschule auswirkte, erbrachte jedoch ganz andere Resultate, als die Schnell und Neuhaus gehofft hatten. Der Liberalismus radikalierte sich im Zuge der Popularisierung und überholte schliesslich die vorsichtigen Präzeptoren von 1831.

Wenn sich das liberale Regime nur 15 Jahre halten konnte, so lag das nicht nur daran, dass es den politischen Grundsätzen, die es vertrat, nicht konsequent nachlebte. Dass die Schnell über die Flüchtlingsfrage, Neuhaus über anstehende innenpolitische Reformen stolperten, hatte seinen tieferen Grund darin, dass die Landstädte keinen tragfähigen Rückhalt abgaben. Sie waren die Zugpferde der Modernisierung gewesen, solange es um die Durchsetzung der Rechtsgleichheit mit der Hauptstadt ging. Ihre Bürgerschaften waren jedoch wenig geneigt, diese Gleichheit auch auf diejenigen Schichten auszudehnen, die nicht bürgerlich in dem engen Sinne der Teilhabe an Besitz und Bildung waren. Vor allem fiel es ihnen schwer, innerhalb ihrer eigenen Stadtgemeinde auf die Privilegien zu verzichten, die mit dem Bürgerrecht seit jeher verbunden waren. Der liberalen Regierung waren deshalb bei der Lösung der anstehenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme die Hände gebunden – denn diese Probleme betrafen nicht die im Grossen Rate sitzenden städtischen und ländlichen Oberschichten, sondern die kleinen Leute, die Hintersassen und die Armen. Diese Unterschichten waren es, die sich stark vermehrt hatten und die nun unter Landknappheit und Beschäftigungsmangel litten, während die vollberechtigten

Bürger über die Gemeindegüter bestimmten, den Burgernutzen zogen und höchstens durch die Armenlasten von der Not der Besitzlosen betroffen waren. Die Liberalen, die angetreten waren, um die Vorrechte von Ort und Geburt abzuschaffen, kamen zwar nicht darum herum, die politischen Rechte der Hintersassen denen der Ortsbürger anzugeleichen. An die Eigentumsrechte wollten sie jedoch nicht rühren. Das Gemeindegesetz von 1833 liess deshalb die Burgergemeinden unangetastet und schuf daneben die alle Ansässigen umfassenden Einwohnergemeinden als politische Einheiten. Die Ausscheidung der Pflichten und Rechte zwischen den beiden Gemeinden erwies sich nun aber gerade in den Städten als schwierig. Die Einführung der neuen Gemeindereglemente führte zu einer Abkehr der kleinstädtischen Burgerschaften von den liberalen Führern. Die Familie Schnell hat das in Burgdorf deutlich zu spüren bekommen: Sie wurde 1842 aus allen Gemeindeämtern verdrängt.<sup>11</sup>

Ging den konservativen burgerlichen Kreisen in den Städten die von den Liberalen betriebene politische Modernisierung zu weit, so fand anderseits die Landbevölkerung, sie werde weiterhin benachteiligt. In der Tat liess der Umbau des Staates das wirtschaftliche Gefälle zwischen Stadt und Land bestehen. An der Verteilung der Lasten wurde nichts geändert. In der Regenerationszeit setzten sich die Abgaben, die der Kanton von seinen Einwohnern forderte, weiterhin gleich zusammen wie unter den gnädigen Herren. Nach den Zinseinnahmen aus Staatsvermögen und Domänen bildeten die Bodenlasten – Zehnten und Grundzins – noch immer den grössten Posten. Sie wurden ausschliesslich vom landwirtschaftlich genutzten Land erhoben. Obschon die Verfassung von 1831 direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen vorsah, wurde das Steuersystem nicht geändert. Auch die seit der Helvetik hängige Ablösung der Grundlasten kam nicht voran. Das Land trug also weit mehr zu den Staatsausgaben bei als die Städte. Dazu kam, dass auch die den Gemeinden überbundenen Fürsorgeaufgaben – die Armenlasten – ungleich verteilt waren. Sie trafen die wenig bemittelten Gemeinden, die auch für ihre abgewanderten auswärtigen Bürger im Falle der Verarmung zu sorgen hatten, sehr viel härter als die Städte. Obschon gerade in den dreissiger Jahren als Folge des Bevölkerungsdruckes die Zahl der Armgeldössigen stark anstieg, wurde an dem überkommenen System der heimatörtlichen Armenpflege nichts geändert. Der Umverteilung der Lasten stand die Garantie des bestehenden Privateigentums entgegen. Nicht dass die Liberalen sich der Einsicht verschlossen hätten, dass ein wirtschaftlicher Ausgleich nötig gewesen wäre. Vor direk-

ten Eingriffen scheutene sie jedoch zurück. Die Hilfsstellung, die der Staat gab, beschränkte sich auf die Verbesserung der Infrastruktur: Er sicherte die Handels- und Gewerbefreiheit, verbesserte die Verkehrsverbindungen durch Reorganisation des Postwesens und der Strassenbauten und rief eine staatseigene Bank, die Kantonalbank ins Leben.

Im Ganzen gesehen kam diese indirekte Wirtschaftsförderung unter den gegebenen Verhältnissen wieder den Kleinstädten zugute. Sie profitierten vom Zuzug billiger Arbeitskräfte und der Vergabe von Heimarbeit an die landarmen Tauner in ihrem Einzugsbereich, ohne dass sie einstweilen dank dem heimatörtlichen Fürsorgeprinzip die sozialen Folgekosten zu tragen hatten. In den verkehrsbegünstigten Orten hielt eine kapitalistisch kalkulierende Unternehmergeistesinnung Einzug, die Standortvorteile und technische Innovationen auszunutzen verstand. Wenn auch für die nun einsetzende Frühindustrialisierung vor allem ererbtes Familienvermögen und Handelsgewinne eingesetzt wurden, so zeigen doch die Bankgründungen, dass neue Methoden der Kapitalbeschaffung sich durchsetzten. Die ersten Erspanskassen, die auch dem kleinen Mann eine zinstragende Anlage ermöglichen sollten, wurden in den bernischen Kleinstädten schon zu Ende der Restaurationszeit gegründet. Das Ziel dieser Sparkassen war vorerst weniger ein wirtschaftliches als ein sozialpolitisches: Sie wollten zur Selbstversorgung anleiten. Dass sie auch in bescheidenem Masse Kredite gewährten, haben vor allem die ansässigen Gewerbetreibenden zu nutzen verstanden. Die 1834 gegründete Kantonalbank verstärkte diese Tendenz. Als reine Geschäftsbank sollte sie den Zahlungsverkehr erleichtern und die Investitionstätigkeit anregen. Da sie keine Kredite auf Grundpfand gewährte, war die bäuerliche Bevölkerung eindeutig benachteiligt und blieb weiterhin von privaten, meist städtischen Kreditgebern abhängig.

Wenn der Innovationsschub in den dreissiger und vierziger Jahren auch noch bescheiden blieb, so verstärkte er doch das Gefälle zwischen ländlichen und städtischen Existenzbedingungen. In den Kleinstädten und ihrer Umgebung begannen sich die ersten Fabrikbetriebe anzusiedeln.<sup>12</sup> In Burgdorf führte die Eröffnung von mechanischen Flachsspinnereien und metallverarbeitenden Betrieben zusammen mit der Belebung des Exportgeschäftes zu einer ersten Zuwanderungswelle. Zwischen den Volkszählungen von 1836 und 1846 wuchs die Wohnbevölkerung um 40 %. Nur ein kleiner Teil der Zuzüger integrierte sich in die städtische Bourgeoisie. Es bildete sich eine Unterschicht von abhängigen Arbeitnehmern, denen der Anschluss an das Bürgertum verwehrt blieb, denen jedoch auch die Rück-

kehr in die heimatlichen dörflichen Verhältnisse nun endgültig verbaut war. Denn auf dem Lande gingen mit der kleinstädtischen Industrialisierung die Gelegenheiten zum häuslichen Nebenerwerb zurück. Was sich in und um Burgdorf im kleinen abspielte, war Teil eines gesamteuropäischen Umstrukturierungsvorganges in der Textilherstellung. Das hausindustriell gefertigte Leinen wurde durch die maschinell verarbeitete Baumwolle konkurrenzieren, was zu immer stärkeren Rationalisierungsanstrengungen zwang. Gerade das Emmental und der Oberaargau haben den damit verbundenen Verlust an Heimarbeitsmöglichkeiten besonders stark zu spüren bekommen.

Wie tief die von den Städten ausgehenden Innovationen in den Arbeitsmarkt des umliegenden Landes eingriffen, lässt sich in einem anderen Bereich auch am Beispiel Thuns zeigen. Der Aufschwung des Gastgewerbes und des Verkehrs durch den Tourismus hatte bis in die frühen dreissiger Jahre der ganzen Region vermehrten Verdienst gebracht. Vor allem der Schiffsverkehr auf dem Thunersee beschäftigte eine beachtliche Zahl von konzessionierten Schiffsunternehmern. Dass auch in der Fremdenindustrie durch Einsatz von Kapital und Konzentration des Angebotes grössere Profite zu machen waren, haben jedoch die liberalen Unternehmer in Thun sehr rasch gesehen. 1835 setzten die Brüder Knechtenhofer, die bereits in Hotelbauten investiert hatten, das erste Dampfschiff auf dem Thunersee ein. Dadurch wurden die Ruderschiffe verdrängt und – wie die kleinen Schiffsbesitzer klagten – viele arme Tagelöhner brotlos.<sup>13</sup> Die Eingaben der Oberländer Kleinunternehmer an die Regierung haben freilich so wenig Gehör gefunden wie die Notrufe der Emmentaler Heimarbeiter.

Es war angesichts dieser Entwicklung kein Wunder, wenn in den ländlichen Gegenden die Popularität des liberalen Regiments sehr rasch sank. Dass im Kanton Bern der Regenerationsbewegung eine zweite revolutionäre Welle, der radikale Umschwung von 1846 folgte, hat nicht nur mit der gesamt-schweizerischen politischen Polarisierung und der bürgerkriegsähnlichen Situation der Freischarenzüge zu tun. Die «junge Schule» um Ochsenbein und Stämpfli, die die Altliberalen verdrängte, zog ihre Legitimation vor allem aus der Unzufriedenheit der Landbevölkerung. Bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung kam es denn auch zu einer grossen Ausmarchierung der regionalen Interessen. Der Loskauf der Grundlasten zu einem möglichst niedrigen Preis, die Abschüttelung der Armenlasten und die Gewährung von zinsgünstigen Hypothekardarlehen hat im Verfassungsrat mehr zu reden gegeben als die Einführung des allgemeinen und direkten

Abonnement-Preis:  
Jährlich . . . . . 6 Fr.  
Halbjährlich . . . . . 3 :

No. 1.

Einrückungs-Gebühr:  
Die Zeile . . . . . 1 Fr.  
Briefe und Gelehrte franco.

# BERNER-VOLKSFREUND.

Donnerstag den 24. Februar 1831.

Auf Grütli und unter dem Uhorn von Trunz ward uns die Lösung zum Kampfe für Freiheit und Recht gegeben. Wir kämpfen ihn noch, Eidsgenossen! — Und ihr, unsere Enkel, werdet ihn kämpfen über unsern Gräbern! Wacht daß ihr nicht in Unseßlung fallest. Vertrauet Gott! Alle Eidsgenossen für Einen und Jeder für alle.

Zschotke.

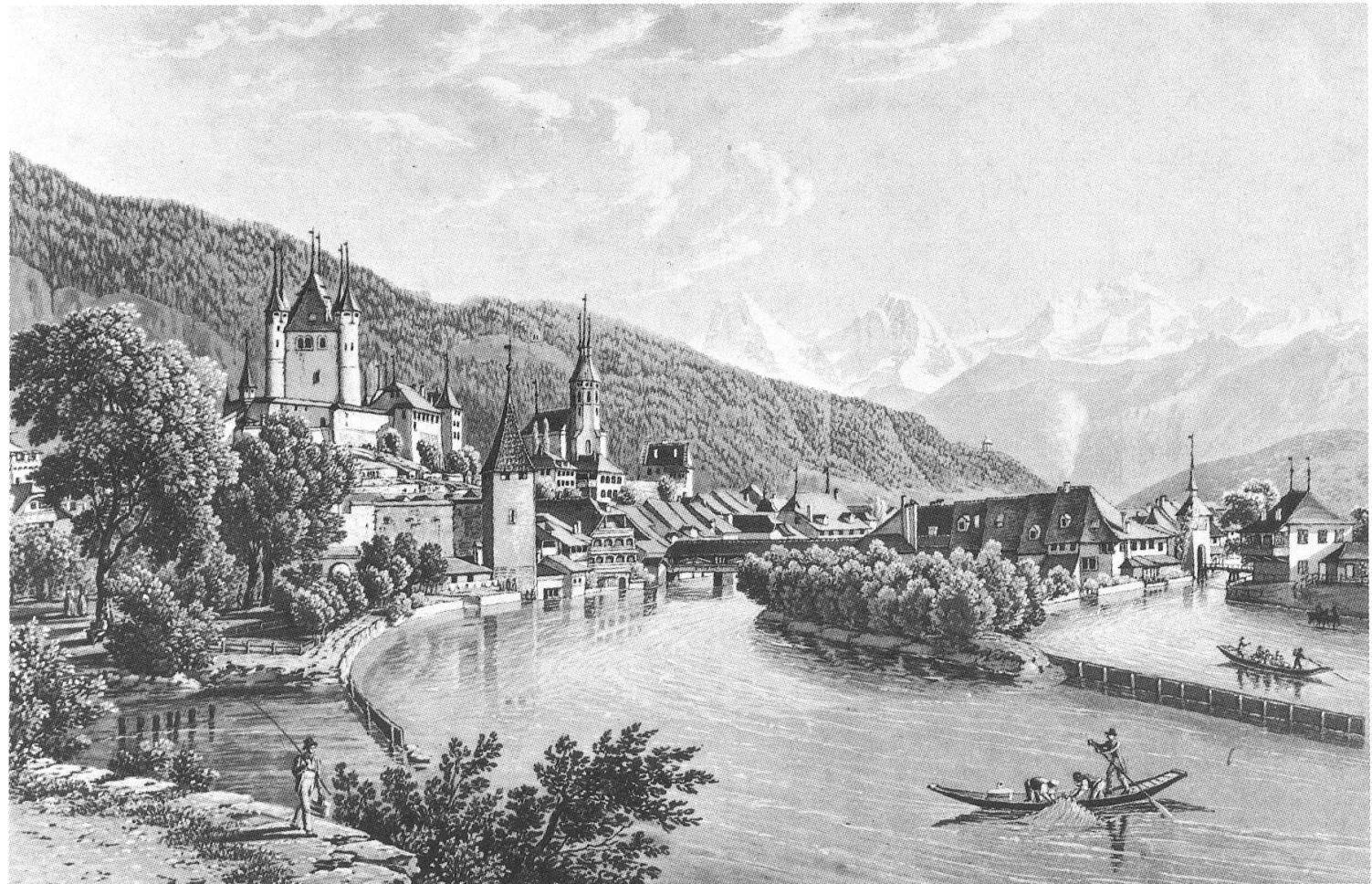
Der «Berner Volksfreund» als Sprachrohr der Burgdorfer Liberalen,  
der 1831 massgeblich zum Sturz der «Gnädigen Herren» beitrug.



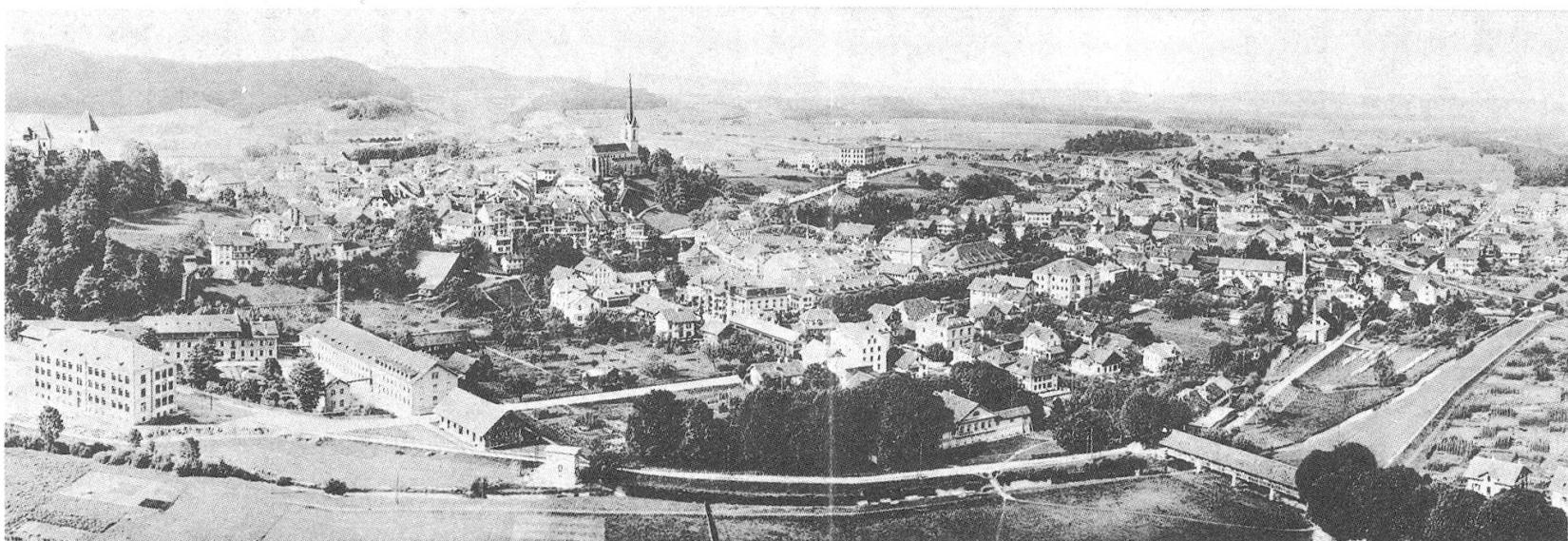
Karl Schnell (1786–1844),  
Dr. jur., Regierungsrat,  
Mitbegründer des Berner Volksfreund.



Alexander Bucher (1820–1881),  
Kaufmann, Grossrat, Nationalrat.  
Als Förderer des Bahnwesens Initiant  
der Linienführung über Burgdorf.



Thun um 1850. Vue de l'Etablissement de Bellevue.  
(Stahlstich von D. Wegelin / J. Poppel)



Panorama von Burgdorf, um 1899.  
Seit dem 1857 erfolgten Anschluss an die Centralbahn hat sich die Stadt Richtung Bahnhof ausgedehnt.



Alter Bahnhof von Thun.  
(Postkarte um 1900)



Kaserne Thun.  
(Foto um 1870, Sammlung Krebser)

Wahlrechts oder die Straffung der Verwaltung. Schon damals haben die städtischen Honoratioren über die Begehrlichkeit der Unterschichten geklagt, und bis heute hat sich der Vorwurf gehalten, mit den Radikalen sei der krude Materialismus in die Politik eingebrochen. Für die Vertreter der bisher benachteiligten Regionen – und als das fühlten sich die Radikalen – war der Lastenausgleich von 1846 jedoch die Vorbedingung für einen politischen Neuanfang. In Jakob Stämpfis «*Berner Zeitung*» stand nach der Neubestellung der Behörden 1846 zu lesen: «Die alte Regierung musste untergehen, weil sie nur auf das Magnatentum gründete, weil sie keine Grundsätze und eine gouvernementale statt einer volkstümlichen Richtung hatte. Seit 1831 waren es die Schnell von Burgdorf, die Knechtenhofer von Thun, einige Notabilitäten des Seelandes und des Juras, welche die öffentliche Ordnung repräsentierten. Die ganze übrige Masse waren Fötzeln, Habenichtse, Biermichel, Anarchisten, Kommunisten, Pöbel und wie die Namen alle heissen mögen.»<sup>14</sup> Es mag erstaunlich scheinen, dass in der Auseinandersetzung zwischen Altliberalen und Radikalen bereits Ausdrücke wie Anarchisten und Kommunisten fielen. Diese Worte hatten damals jedoch einen anderen Inhalt als heute, wenn sie auch keineswegs weniger emotional beladen waren. Die Liberalen brachten damit ihre Angst vor den Ansprüchen der unterbürgerlichen Schichten und vor Eingriffen in das geheiligte Privateigentum zum Ausdruck. Was die Radikalen anstrebten, war jedoch keineswegs ein Sozialstaat. Sie haben sogar die obligatorische Armenfürsorge abgeschafft und durch freiwillige Hilfstätigkeit zu ersetzen versucht, was freilich angesichts der steigenden Armennot eine untaugliche Verdrängung des sozialen Hauptproblems darstellte. 1857 musste man wieder zur öffentlichen Armenpflege zurückkehren, nun aber nach dem Wohnortsprinzip. Der Vorwurf des Kommunismus bezog sich einzig auf die Finanzreform, die auf Kosten der Staatskasse die Landwirtschaft entlastete und die Einführung direkter Vermögens- und Einkommenssteuern brachte. Die Unternehmerfreiheit wurde dadurch nicht angeastet. Was der bisher bestimmenden Elite als Anarchie vorkam, das war die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle erwachsenen Männer und die Verstärkung der Volksrechte – eine Demokratisierung, die noch nicht einmal das obligatorische Gesetzesreferendum umfasste. Sehr weitgehend waren die verfassungsmässigen Veränderungen von 1846 also nicht. Wenn sie trotzdem auf harte Gegnerschaft stiessen, so deshalb, weil sie eine Entmachtung des städtischen Bürgertums zugunsten der ländlichen Mittel- und Unterschichten bringen sollten.

Was das politische Gewicht der Landstädte betrifft, so hat der Umschwung von 1846 sein Ziel erreicht. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kamen im Kanton Bern tatsächlich die ländlichen Interessen vermehrt zum Zuge. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Städte, und zwar sowohl die Hauptstadt wie die alten Munizipalstädte, um ihre Stellung bangten und der konservativen Opposition Rückhalt gaben, die bei den Wahlen von 1850 für vier Jahre die Mehrheit gewann.<sup>15</sup> Der aus Biel stammende Eduard Blösch, der Schwiegersohn Johann Ludwig Schnells, versuchte von Burgdorf aus – wenn auch erfolglos – eine konservative Partei aufzubauen und die wichtigste Zeitung dieser Richtung, der stark religiös gefärbte «Oberländer Anzeiger», erschien in Thun. Zum kurzfristigen Erfolg der Konservativen trug nicht nur die Angst vor dem Zusammenbruch der durch Glauben und Herkommen gestützten sozialen Hierarchien bei, sondern vor allem die Absicht der Radikalen, die Burgergemeinden aufzulösen. Noch immer waren ja die Burgerkorporationen Besitzer des Gemeindegutes. Sie und nicht die Einwohnergemeinden bestimmten damit über die weitere Entwicklung der Ortschaften, und wenn sie auch zur Hauptsache die Kosten trugen, so blieb doch meist ein Burgernutzen für ihre Angehörigen übrig. Blösch hat nach dem konservativen Wahlsieg durch das Gemeindegesetz von 1852 denn auch das Überleben der Burgergemeinden gesichert. Aber auch er konnte sich der Einsicht nicht verschließen, dass die Einwohnergemeinde zur Trägerin der öffentlichen Aufgaben geworden war und dazu die nötigen Mittel haben musste. Das neue Gemeindegesetz verlangte eine Ausscheidung der Besitzverhältnisse und Kompetenzen, die sich gerade in den Städten als schwierig erwies. Wenn die sogenannten Dotationsstreitigkeiten auch nicht überall die gleiche Schärfe erreichten – in Burgdorf z. B. einigte man sich problemlos über die Ausscheidung – so breitete sich doch bald eine gewisse Ernüchterung in bezug auf die konservative Politik aus. Das rückwärtsgewandte Zwischenspiel blieb eine kurze Episode und die Landstädte stellten sich realistisch auf die Erfordernisse der neuen Zeit ein. Wenn sie ihren wirtschaftlichen Vorsprung halten wollten, so mussten die Gegensätze zwischen Alteingesessenen und Neuzügern begraben und gemeinsame Anstrengungen unternommen werden.

## *Die Kleinstädte als Träger der Industrialisierung*

Dass die bernischen Kleinstädte den Verlust an politischem Einfluss zu kompensieren verstanden, ist wohl darauf zurückzuführen, dass sie bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts im Vergleich mit dem Land, aber auch im Vergleich mit der Hauptstadt einen hohen Modernisierungsgrad erreicht hatten. Sie verfügten vor allem – und auch das war eine Folge ihrer Rolle in der ersten Jahrhunderthälfte – über ein unternehmerisch denkendes Bürgertum mit guten Verbindungen im In- und Ausland. Diese Verbindungen wurden nun vor allem für das eigene Gemeinwesen genutzt. In Thun, wo der Fremdenverkehr zum bedeutendsten Wirtschaftszweig geworden war, wie in Burgdorf mit seinen grossen Handelshäusern war man sich bewusst, wie wichtig das damals entstehende europäische Verkehrsnetz für die weitere Entwicklung war. Beide Städte haben unter grossen finanziellen Opfern für einen möglichst guten Eisenbahnanschluss gekämpft. Bekanntlich hatte der Kanton Bern in der Eisenbahnpolitik keine glückliche Hand. Die von ihm konzessionierten Bahngesellschaften gerieten fast alle in Schwierigkeiten, was dazu führte, dass sich der Staat und die interessierten Gemeinden mit hohen Summen beteiligen mussten. Das gab aber anderseits den Landstädten die Möglichkeit, auf die Gestaltung der Linienführung Einfluss zu nehmen. Den Burgdorfern gelang es mit einem grosszügigen Angebot an die Centralbahn in den fünfziger Jahren die Verbindung Olten – Bern, die längs der Hauptstrasse über Kirchberg geplant war, an ihre Stadt zu ziehen. Die Burgergemeinde und die interessierten Einwohner haben gemeinsam die Mehrkosten getragen. Dass Burgdorf seine Position als Regionalzentrum durch den Eisenbahnbau nicht verlor, sondern kontinuierlich ausbauen konnte, ist der Initiative der lokalen Unternehmer zu verdanken, die als Aktionäre auch hinter dem Bau der Linien nach Solothurn, Langnau und Thun standen.<sup>16</sup> Die guten Verkehrsverbindungen trugen wesentlich zur Entwicklung der ansässigen Betriebe und zur Prosperität der Stadt bei.

Wenn sich in Burgdorf die Erwartungen, die die Gründergeneration mit den Investitionen in den Bahnbau verband, voll erfüllten, so musste man in Thun ganz andere Erfahrungen machen. Nicht dass die Ambitionen hier geringer gewesen wären, im Gegenteil. Die Thuner erhofften sich von der Eisenbahn den Aufstieg zur eigentlichen Fremdenverkehrs-Metropole. Bisher hatte die Stadt vor allem daraus Nutzen gezogen, dass die Strassen längs des Sees schlecht waren, so dass die Reisenden in Thun Halt machen

Burgdorf, Stadt, unter  $25^{\circ} 17' 3''$  der Länge,  $47^{\circ} 3' 28''$  der Breite, 1800 f. ü. M., hoch über der Emmenthal, und am Ausgange des Emmentals freundlich und angenehm gelegen, mit 188 Häusern und 1894 Einw. Sie ist mit mehrern hübschen Gebäuden geziert, von welchen sich unter den öffentlichen das Stadthaus, das zugleich Gasthof ist, das große und starke, schon im 7. Jahrh. auf einem Felsen erbaute Schloß, und die geräumige Kirche, welche eine dem Schloß gegenüber befindliche zweite Anhöhe krönt, die vorzüglichsten sind. Burgdorf war zuerst eine Zähringische, sodann eine Kyburgische Stadt, und wurde 1384, weil die Kyburger, die hier einen ihrer festesten Sitze hatten und mit Bern in ununterbrochener Fehde lebten, mit Hilfe der Eidgenossen, von den Bernern belagert, und im gleichen Jahre an Bern abgetreten, wofür aber dieses 37,000 Gulden, und den eidgenössischen Hissstruppen den täglichen Sold zahlen musste. Während der Revolution bewohnte Pestalozzi das Schloß, und hatte in demselben sein Institut begonnen. Jetzt ist es seiner vorigen Bestimmung, als Wohnsitz des Amtmanns, zurückgegeben. Neben manchem Alterthümlichen bietet daselbe auch manches Neuere dar. Ein Sodbrunnen von 36 Klaftern Tiefe versorgt das Schloß mit Wasser, und das neue Kornmagazin wurde 1749 gebaut. Was aber mehr noch als der weite Umfang und das stattliche Aussehen dieser Burg der Aufmerksamkeit werth sein dürfte, ist die schöne Aussicht, die man nach all n Seiten von derselben genießt, sowohl über das Hügellabyrinth des Emmentals und die Eisfürsten des Oberlandes, als über die Landfläche, die sich abendwärts bis an den Jura ausdehnt. Eine ähnliche reizende Aussicht gewährt auch die wegen ihrer Größe und des hohen Thurmtes merkwürdige Kirche, an welcher gegenwärtig der achtungswürdige vaterländische Dichter G. J. Kuhn als Pfarrer steht. Burgdorf hat verschiedene nicht unbedeutende Bildungs- und Versorgungsanstalten, nebst einer über 4000 Bände starken Bibliothek. Auch hat es seinen eigenen Magistrat, viele namhafte Gefälle und Hebungen, so wie einträgliche Mühlenwerke und Gemeindegüter. Es besaß bis zur Revolution die niedere Gerichtsbarkeit und andere Rechte über zwei außer seinen Mauern gelegene Aemtey oder Vogteien. Hier werden einige bedeutende Jahrmärkte gehalten, und die Einwohner sind sehr gewerbsam. Nebst einer anscheinlichen Materialienhandlung und einigen Chocolade-, Tabak-, Galetten- und Seidenbandsfabriken, Weinhandlungen und Bierbrauereien ist hier eine beträchtliche Niederlage von Käsen und Leinwand aus dem Emmenthal, und der Arzt Schnell hat eine Bleiweißfabrik errichtet, die schon darum Beachtung und Empfehlung verdient, weil sie ein Versuch ist, das genannte, in Menge vom Ausland bezogene Fabrikat aus einheimischem Blei zu gewinnen, und den Konsumenten ihr Bedürfniß in der Nähe darzureichen. Der Stadt Burgdorf wird es immer zur Ehre gereichen, daß inner ihren Mauern die Buchdruckerkunst bereits 1475 versucht worden ist, was ihr frühes wissenschaftliches Streben beurkundet.

Thun, kleine Stadt mit 396 Wohn- und Nebengeb. und 4050 Einw.,  $\frac{1}{4}$  St. nordwärts vom Ufer des Thunersees an der Aar, von welcher sie bespült wird. Diese letztere theilt sich unmittelbar über dem Orte in 2 Arme, deren einer mehr östlich die Stadt in 2 Hälften sondert, der andere sie westlich an ihren Mauern umschlingt. Auf der Ostseite ist der Berg mit dem hochgekümmten Schlosse, der hübschen Pfarrkirche und den Häusern der Geistlichkeit. Vom Schlosse, wie auf dem Kirchhofe, hat man eine herrliche Fernsicht über den See und die an Naturschönheiten so mannichfaltige Umgebungen. Thun hat sehr besuchte Schulen, ein schönes Rathaus, Spital, Waisenhaus, Bibliothek und einen eigenen Stadtmagistrat und verhältnismässig das grösste Gemeingut in der Schweiz. Ihr gehört neben andern bedeutsamen Besitzungen seit uralten Zeiten die föstliche Kiley-Alp im Diemtigthal, welche durch die verständigen Bemühungen des für das Gediehen seiner Vaterstadt eifrigen, unkängst und zu früh verstorbenen Herrn Friedrich Koch, in einen vor trefflichen Zustand erhoben wurde, in welchem jetzt an diesem Berge auch zum Vortheil anderer manches zu lernen wäre. Dieser patriotische Bürger hatte auf die gleiche rühmliche Weise zu der Verschönerung seiner Vaterstadt Thun und seiner Umgebung seit 20 Jahren rastlos mitgewirkt. Die Bürgerschaft ist gewerksam; Kleinhandel, Landbau, Handwerke, einige Manufakturen und etwas Großhandel, namentlich mit Kasen und Leinwand, sind ihre wesentlichsten Erwerbszweige. Die Gebrüder Mühlmann haben eine bedeutende Seidenhandmanufaktur mit beträchtlichem Absatz. Auch sind hier die grössten Ziegel- und Backsteinbrennereien des Kantons. Zum kleinen Verkauf hat Thun eine äusserst vortheilhafte Lage am Eingange zu allen Thälern des Oberlandes, deren Bewohner auf den hiesigen großen Wochen- und Jahrmarkten ihre Bedürfnisse einkaufen. Die anmutige Gegend, deren Reize durch die Nähe des Sees und der grossen Berge Eiger, Gemmi und Jungfrau und durch schöne Spaziergänge gehoben werden; die seit mehreren Jahren aufgekommene Molkenkuranstalt, und die eidgenössische Militärschule verschaffen der Stadt während der Sommermonate vielen Besuch. Thun genoß von jeher viele Freiheiten, und hatte einen eigenen Stadtrath. Ihre Rechte erwäben sich die Thuner schon früh, theils von den Grafen von Thun, theils von den Herzogen von Zähringen, und späterhin von den Grafen von Kyburg. In ihrem Ursprung ist die Stadt sehr alt, und schon 590 erscheint ihr See unter dem Namen Thunersee. Nicht univahrscheinlich dürften Stadt und Schloss von den Herzogen von Zähringen angelegt worden sein, und ihre früh erlangte Bedeutsamkeit geht daraus hervor, daß sie auf eine Zeit bei 70 adeliche Geschlechter unter ihren Verbürgerten zählte. Sie hatte sogar einen Schirmbund mit den 3 Waldkantonen, und wurde verschiedne Mal von den Bernern belagert, zuletzt aber von dem Brudermörder Eberhard von Kyburg, zuerst für die Summe von 3000 Pfund an Bern verkauft, und hernach 1384 gänzlich abgetreten. Ihre Bürger kämpften mit Ruhm am Tage bei Murten 1476, und für ihren Heldenmuth wurde ihr Panner mit einem goldenen Stern geziert. 1826 wurde auf der hiesigen Allmeinde das vierte eidgenössische Uebungslager angeordnet. Vor dem Scherlinger-Thor ist 1826 ein Panorama vom Rigi errichtet worden, das sehenswerth sein soll.

Thun im Ortslexikon von M. Lutz, 1827

mussten, um aufs Schiff umzusteigen. Diesen Vorteil als Etappenort für Reisen ins Oberland wollten die Thuner Geschäftsleute nun mit der besseren Erreichbarkeit durch die Eisenbahn kombinieren.<sup>17</sup> Sie setzten alles daran, dass die Centralbahngesellschaft – zu deren Aktionären auch die Einwohnergemeinde gehörte – den Bahnhof so anlegte, dass die Fremden die Stadt weiterhin durchqueren mussten, um zur Schiffsländte zu gelangen. Der Grosse Rat schützte dieses Fremdenverkehrskonzept 1858, indem er eine Verlängerung der Eisenbahnlinie über Thun hinaus untersagte.<sup>18</sup> Lange freilich liess sich dieses Privileg, gegen das die übrigen Oberländer Gemeinden protestierten, nicht aufrechterhalten. In den sechziger Jahren wurde die Bahnlinie bis nach Scherzliggen, dem Schiffsanlegeplatz, verlängert. Thun geriet nun immer stärker unter die Konkurrenz von Interlaken. Die Gründung des Einwohnervereins 1869, eines Vorläufers des Verkehrsvereins, wie auch die Immobilienspekulation der Baugesellschaft Thun, die den Landbesitz der alten burgerlichen Seykorporation für Neubauten parzellierte, standen im Zeichen des Konkurrenzkampfes, der sich rund um den Thunersee in aufwendigen Hotel- und Touristikprojekten niederschlug. Dass sich die hochfliegenden Pläne der Baugesellschaft Thun zerschlugen und die Einwohnergemeinde in die Bresche springen musste, lag an Fehlkalkulationen und letztlich an einer falschen Einschätzung der langfristigen Standortvorteile. Mit der Eröffnung der linksufrigen Thunerseebahn 1893 wurde Thun immer deutlicher zu einer reinen Durchgangsstation für den Hochgebirgstourismus. Noch um die Jahrhundertwende setzte der Verkehrsverein jedoch auf die Attraktivität einer Kleinstadt, die mehr als nur Natur zu bieten hatte: «Das fortwährende Auftauchen von Uniformen, das Soldatenleben in und um die Stadt, das Gewehrgeknatter und der Donner der Geschütze gibt dieser Stadt einen eigenartigen Charakter», schrieb das Fremdenblatt 1903.<sup>19</sup> Wenn das Militär auch nicht zur Erholung der Gäste beitrug, für das Gedeihen Thuns war es längst ein wichtiger Faktor geworden. Es waren nämlich weniger die in Gastgewerbe und Verkehrsmittel fliessenden Investitionen der städtischen Unternehmer, die der Stadt zu neuen Arbeitsplätzen verhalfen, als der Ausbau des Waffenplatzes. Seit 1841 war die Eidgenossenschaft im Besitz der Allmend, und in den folgenden Jahren wurden auf ihre Kosten Schiessplätze, Stallungen und Kasernen errichtet. Das brachte dem Gewerbe in und um Thun Verdienst. Dazu kamen das Zeughaus und die zugehörigen Konstruktionswerkstätten, die sich ständig erweiterten. Auf die sechziger Jahre geht auch die Munitionsherstellung zurück. Der Bund wurde damit zum grössten

Arbeitgeber der Region. Alleine die Munitionsfabrik beschäftigte um 1890 rund 1000 Personen.<sup>20</sup> Es waren die Militärbetriebe, die weitere Zulieferindustrien anzogen und Thun zunehmend unabhängiger vom Fremdenverkehr machten. Wenn sich das Wachstum der Stadt auch nicht mit der sprunghaften Entwicklung von Industrieagglomerationen vergleichen lässt, wie sie etwa gleichzeitig die Uhrenstadt Biel durchmachte, so war der Zuzug von Arbeitskräften doch beachtlich. Von 1888 bis 1910 wuchs die Thuner Bevölkerung um 45 %.

Im Kanton Bern wurde also die wirtschaftliche Modernisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von den Kleinstädten aus in Gang gesetzt. Während die Hauptstadt als Sitz der eidgenössischen und kantonalen Behörden sich zu einem Verwaltungszentrum entwickelte, verlagerte sich das Schwergewicht von Industrie und Handel in die Landstädte. Hier konzentrierte sich eine Unternehmerschaft, die durch ihre Verkehrs- und Exportinteressen weniger auf Bern als auf gesamtschweizerische und internationale Beziehungen ausgerichtet war. Es ist denn auch bezeichnend, dass der Anstoss zu einem eidgenössischen Gewerbezusammenschluss schon Ende der vierziger Jahre von Eduard Blösch ausging<sup>21</sup> und dass auch die Gründung des Handels- und Industrievereins 1860 wieder von Burgdorf aus betrieben wurde.<sup>22</sup> Die an Verkehrserleichterungen und Zollpolitik interessierten Grosskaufleute und Betriebsinhaber nahmen ihre Angelegenheiten – oft unter Umgehung der Kantonsregierung – selbst in die Hand und überholten an Sachverstand und Durchschlagskraft bald die schwerfällige Administration. Aus den kleinstädtischen Lokalmagnaten wurden weltläufige Manager, die ihre Umwelt den Erfordernissen des industriellen Zeitalters anpassten.

Die fortschrittsfreudige Gründergeneration hat auch das Aussehen der Kleinstädte umgeprägt. Zwar waren überall schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts die alten Befestigungsanlagen durchbrochen worden. In Burgdorf war der Bau der Staldenschleife in den zwanziger Jahren das Signal zur Abtragung der Stadtmauern, in Thun wurde seit den vierziger Jahren das Mauerareal zur privaten Überbauung freigegeben. Einen viel stärkeren Einbruch in das Ortsbild bedeuteten jedoch die Zweckbauten, die mit dem Bevölkerungswachstum und der Industrialisierung nötig wurden. Fabriken, Kasernen und Schulen, Hotels, Bahnhöfe und Postämter wurden zu Symbolen der neuen Prosperität, die sich auch im Massstab vom alten Baubestand abheben mussten. Die Erschliessung neuen Baugrundes, aber auch das Bedürfnis nach Repräsentativität zwangen zu rationaler urba-



Bahnhofquartier Burgdorf mit zwei Bahnhöfen und Restaurant Bahnhof  
(Postkarte um 1899)

nistischer Planung. In Burgdorf hat der Stadtbrand von 1865, in Thun die Gründung der Baugesellschaft 1872 diese Entwicklung beschleunigt. Die Verdichtung der Siedlungskerne brachte aber nicht nur neue Bauten, sondern auch neue Versorgungs- und Entsorgungsprobleme. Die Städte sahen sich damit Aufgaben gegenüber, die sich in den Dörfern erst ein Jahrhundert später stellen sollten. Die Straßen mussten wegen des zunehmenden Fuhrverkehrs nicht nur verbessert, sondern zur Verringerung der Staubimmissionen auch gepflastert werden. Genügend Trinkwasser musste herbeigeführt und durch ein Leitungssystem verteilt werden. Das Abwasser musste zur Vermeidung von Infektionskrankheiten in Kanalisationsschläuchen abgeleitet werden. Die Städte hatten aber auch einen erhöhten Energiebedarf. War bis in die fünfziger Jahre noch das knappe Holz der einzige Brennstoff – auch die ersten Dampfmaschinen wurden noch mit Holz befeuert – so kam mit der Eisenbahn die Kohle als Substitution in Reichweite. Thun und Burgdorf haben auch bald nach dem Eisenbahnanschluss Gaswerke erhalten, und in den neunziger Jahren löste die Elektrizität vermehrt die bisherigen Energieträger ab. Dieser rasche technologische Wandel griff tief in das Alltagsleben ein und zwang die Stadtbewohner zur ständigen Adaption. Die Modernisierung betraf aber auch die Gemein-

deadministration. Die rasch steigenden Aufwendungen für Bauten und Infrastruktur machten die Erhebung von ordentlichen Gemeindesteuern notwendig und führten zu einer Professionalisierung der bisher meist ehrenamtlichen Verwaltung.<sup>23</sup>

Im öffentlichen wie im privaten Bereich stieg damit der Bedarf an kaufmännisch und technisch gebildeten Leuten. Gerade diese Praktiker aber brachte das von den Liberalen in der Regenerationszeit geschaffene Schulsystem nicht hervor. War für die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung durch die Volksschule und für die Bedürfnisse des Staates durch die Universität gesorgt, so mussten Handel und Industrie ihre Kader selber hervorbringen. Die Kleinstädte mit ihrer weit zurückreichenden kommunalen Schultradition haben diese Lücke früh empfunden und zielstrebig ausgefüllt. Die Gewerbeschulen als Ergänzung der Berufslehre entstanden schon in der Jahrhundertmitte, und in Burgdorf sah man beim Ausbau des Progymnasiums zu einer eigenen Maturitätsschule 1873 auch eine Handelsklasse vor. Die Schaffung einer Ausbildungsstätte für technische Berufe überstieg jedoch die Kraft der Kleinstädte. Deshalb drängten sie auf die Errichtung eines kantonalen Technikums, die 1890 auch beschlossen wurde. Das Seilziehen um den Sitz dieser Schule, an dem sich gegen die Hauptstadt Bern sowohl Biel wie Burgdorf beteiligten, zeigt eindrücklich, wie sehr die Kleinstädte darauf pochten, als Träger der neuen, zukunftsgerichteten Bildung anerkannt zu werden. Wenn der Grosse Rat schliesslich Burgdorf den Vorzug gab, so nicht nur, weil die kleine Stadtgemeinde bereit war, sogar eine Steuererhöhung in Kauf zu nehmen, um die geforderten Bau- und Betriebsbeiträge aufzubringen. Burgdorf wusste sich durch seine Solidität zu empfehlen: «Von Montag Morgen bis am Samstag Abend wird im Fabriksaal, wie im Comptoir, in der Werkstatt, wie auf dem Arbeitsplatz fleissig gearbeitet. Die Strassen sind einsam; rauschende Vergnügungen fehlen».<sup>24</sup>

So freudlos, wie der Burgdorfer Gemeinderat es schilderte, war das Leben in den Kleinstädten freilich trotz dem kapitalistischen Arbeitsethos nicht. Gewiss war während der Industrialisierungsphase der Disziplinierungsdruck gross, war die Erziehung zu Ordnung, Zuverlässigkeit und Fleiss eine der Voraussetzungen für das Funktionieren der differenzierter gewordenen Gesellschaft. Aber weiterhin war auch die Vereinskultur lebendig geblieben und damit die Freude an Festen und kollektiver Selbstdarstellung. Mochte auch die spontane Geselligkeit, die zu Beginn des Jahrhunderts Gleichgesinnte zu gemeinnützigen, künstlerischen und politischen Zwek-

ken zusammengeführt hatte, seltener geworden sein, die Vereine blieben ein wichtiger Bestandteil der kleinstädtischen Öffentlichkeit. Durch sie fanden die Arbeiter den Anschluss an die bürgerlichen Normen, durch sie demonstrierte das Bürgertum seinen Bildungshorizont. Wenn die bernischen Kleinstädte der Provinzialisierung entgangen sind, die ihnen vom Vereinheitlichungsstreben des bernischen und eidgenössischen Radikalismus her drohte, so nicht zuletzt deshalb, weil sie neben dem Besitz weiterhin – in der Tradition des Frühliberalismus – die Bildung hochhielten. So haben sie, jede auf ihre Art, ihre kulturelle Identität gewahrt und ihre Ausstrahlungskraft behalten.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> A. Friedrich von Mutach, Revolutions-Geschichte der Republik Bern 1789 – 1815. Hrsg. von Hans Georg Wirz, Bern/Leipzig 1934, S. 11. Mutach hat die Niederschrift 1820 abgeschlossen.
- <sup>2</sup> Die Zahlenangaben zum Bevölkerungswachstum beruhen hier und im weiteren auf der Übersicht in: Mitteilungen des Bernischen Statistischen Bureaus, Jg. 1901, Lief. II, Bern 1901, S. 220 – 239.
- <sup>3</sup> Vgl. Richard Feller, Geschichte Berns, Bd. IV, Bern 1960, S. 450 ff.
- <sup>4</sup> Einen Überblick über die Berner in helvetischen Ämtern gibt Beat Junker, Geschichte des Kantons Bern seit 1798, Bd. I, Bern 1982, S.33 ff.
- <sup>5</sup> Vgl. Udo Robé, Berner Oberland und Staat Bern. Untersuchungen zu den wechselseitigen Beziehungen in den Jahren 1798 – 1846. Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern, 56, 1972, S. 125 und 161.
- <sup>6</sup> «Wie gehts jetzt in der Welt?», abgedruckt bei U. Robé, a. a. O., S. 151.
- <sup>7</sup> Zitiert nach Hans Bloesch, Die Entwicklung Burgdorfs im 19. Jahrhundert, in: Heimatbuch des Amtes Burgdorf und der Kirchgemeinden Utzenstorf und Bätterkinden, hrsg. von der Lehrerschaft, Bd. 2, Burgdorf 1938, S. 273/274.
- <sup>8</sup> Zur Bedeutung dieser Vereinskultur vgl. Georges Andrey, Auf der Suche nach dem neuen Staat, in: Geschichte der Schweiz – und der Schweizer, Bd. 2, S. 254 ff.
- <sup>9</sup> Zur Entstehung des Forderungskatalogs vgl. Hans Sommer, Karl Schnell von Burgdorf. Der Vorkämpfer der bernischen Volksherrschaft, Burgdorf 1939, S. 73 f.; zum Inhalt Hans Klötzli, Die Bitschriften des Berner Volkes 1830, Zürich 1922, S. 54 ff.
- <sup>10</sup> Über die Probleme der liberalen Führungsschicht und den Umschwung von 1846 vgl. Richard Feller, Berns Verfassungskämpfe 1846, Bern 1948.
- <sup>11</sup> Die verworrene Geschichte dieser Entmachtung wurde umgehend von den Betroffenen publik gemacht durch die Schrift: Aktenmässige Darstellung der Vorfälle und Verhandlungen, welche die Auflösung der Gemeinds-Behörden von Burgdorf herbeigeführt haben 1842, Burgdorf 1843.
- <sup>12</sup> Vgl. dazu W. Gallati, Handel und Industrie der Gemeinde Burgdorf, in: Burgdorfer Jahrbuch 1946, S. 45 ff.
- <sup>13</sup> Vgl. U. Robé, a. a. O., S. 377.
- <sup>14</sup> Berner Zeitung 1846, Nr. 103, S. 423, zitiert nach Theodor Weiss, Jakob Stämpfli. Ein Bild seiner öffentlichen Tätigkeit und ein Beitrag zur neueren bernischen und schweizerischen Geschichte, Bd. 1, Bern 1921, S. 237.
- <sup>15</sup> Zu den Zielen der Konservativen vgl. E. Blösch, Eduard Blösch und Dreissig Jahre Bernischer Geschichte, Bern 1872, S. 252 ff.
- <sup>16</sup> Zur Eisenbahnpolitik der Burgdorfer vgl. Max Widmann, Wie die Eisenbahn nach Burgdorf kam, in: Burgdorf Jahrbuch 1936, S. 92 ff. und die Angaben bei Alfred G. Roth, 100 Jahre Handels- und Industrieverein Burgdorf 1860 – 1960, Burgdorf 1960, S. 54.
- <sup>17</sup> Vgl. Martin Trepp, Bilder aus der Geschichte der Stadt Thun, in: Das Amt Thun. Eine Heimatkunde, hrsg. im Auftrag der Sektion Thun des bernischen Lehrervereins von der Heimatkundekommission, Bd. 1, Thun 1943, S. 346 ff.
- <sup>18</sup> Vgl. Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern, Jg. 1858, S. 325 ff.
- <sup>19</sup> Illustriertes Fremdenblatt von Thun, 1903, Nr. 21, zitiert nach Beatrice Aerni, Zwischen Industrie und Fremdenverkehr. Thun 1850 bis 1914, unveröffentlichte Proseminararbeit Hist. Institut der Universität Bern, Bern 1983, S. 32.
- <sup>20</sup> Vgl. H. Ziegler, Die eidg. Militäranstalten in Thun, o. O. 1931, S. 23.
- <sup>21</sup> Vgl. E. Blösch, Eduard Blösch und Dreissig Jahre Bernischer Geschichte, S. 234 f.

<sup>22</sup> Vgl. A. G. Roth, 100 Jahre Handels- und Industrieverein Burgdorf, S. 19 ff.

<sup>23</sup> Vgl. Heinz Schibler, Geschichte Burgdorfs vom Untergang der Alten Eidgenossenschaft bis zur Gegenwart, in: Burgdorf. Geschichte und Gegenwart, Burgdorf 1972, S. 52 ff.; M. Trepp, Bilder aus der Geschichte der Stadt Thun, a. a. O., S. 242 ff. und 348 ff.

<sup>24</sup> Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern, Jg. 1891, Beilage 15, S. 68.